

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1927

207 (21.10.1927)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage.
Bezugs-Preis:
Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Ausläufer frei ins Haus monatlich Goldmark 1.20
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/2 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung 1839
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung der Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentliche Beilagen: Neue Illustrierte • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- und Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 33 mm breite Millimeter-Zeile 6 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 20 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Vertreibung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.
Bank-Konto:
Vereinsbank Sinsheim e. G. m. b. H.

Nr. 207.

Freitag, den 21. Oktober 1927.

88. Jahrgang

Keine Einigung erzielt.

Die Lohnforderungen der Braunkohlenarbeiter vor dem Schlichter.

Berlin, 20. Oktober. Die Schlichtungsverhandlungen im Streik der Braunkohlenarbeiter, die heute vormittag unter dem Vorsitz des Schlichters für Oberhessen, Professor Dr. Max Brahn, begannen, führten zunächst zur Klärung einiger wichtiger Vorfragen, die sich vor allem auf die Wiedereinstellung der Streikenden und das Verbot jeder Maßregelung bezogen. In diesem Punkt haben die Arbeitgeber ein gewisses Einigenkommen gezeigt.

Am Nachmittag begannen die Besprechungen über den Kernpunkt, nämlich die Lohnfrage. Die Arbeitervertreter — es sind dies Hufmann und Schmidt-Bochum — hielten ihre Forderung nach Erhöhung des Lohnes um 80 Pfg. für die Schicht, für die ein Lohn von 6,44 Mk. bezahlt wird, aufrecht.

Die Vertreter der Arbeitgeber — es sind dies die Generaldirektoren Pfaff und Bären — zogen sich zur Besprechung dieser Forderung zu einer Sonderberatung zurück, die gegenwärtig noch andauert. Sollten die direkten Verhandlungen zu keinem

Ergebnis führen, dann ist ein verbindlicher Schiedsspruch durch den Reichsarbeitsminister zu erwarten.

Halle, 20. Okt. Von beteiligter Seite wird mitgeteilt, daß die Einigungsverhandlungen, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues heute im Reichsarbeitsministerium in Berlin stattfanden, ergebnislos verlaufen sind. Darauf ist durch den Vorsitzenden Professor Brahn eine Schlichterkammer gebildet worden, die um 3 Uhr zusammengetreten ist, und in der über Nebenfragen, Zurücknahme der Kontraktstrafen seitens der Arbeitgeber und Zurücknahme der Kündigungen seitens der Arbeiter, eine grundsätzliche Einigung herbeigeführt wurde. Ueber die Frage der Lohnhöhe dagegen ist es wieder zu keiner Einigung gekommen. Zurzeit beraten die Parteien getrennt.

Wie das W. von Berliner unterrichteter Seite erfährt, sind die gemeinsamen Verhandlungen gegen 19.30 Uhr wieder aufgenommen worden.

Schulgesetz vor dem Reichstag.

Das Reichsschulgesetz in erster Lesung verabschiedet.

Berlin, 20. Oktober 1927.

341. Sitzung.

Präsident Voebé eröffnet die Sitzung um 13 Uhr. Ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen wird das Gesetz über den deutsch-französischen Grenzverkehr, der Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen Deutschland und Japan, die Vereinbarung mit Norwegen über die Einführung eines Vertragszolltarifs für gewisse norwegische Fischkonserven und Tomaten und das Abkommen zwischen Deutschland und Polen über die Verwaltung der die Grenze bildenden Strecke der Warthe und den Verkehr auf dieser Strecke.

Darauf wird die erste Lesung des Reichsschulgesetzes fortgesetzt.

Abg. Schulze-Frankfurt (D.N.) verweist auf die große Mannigfaltigkeit der Schulformen in dem Entwurf, wodurch der Grundgedanke der Gewissensfreiheit klar zum Ausdruck komme. Der Entwurf gebe jedem das Seine, und nicht etwa jedem das Gleiche, wie es seine Gegner forderten. Erziehungsschulen müßten aber auf einer gemeinsamen Weltanschauung fundamentiert sein. Die Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht werde auch von den Deutschen abgelehnt. Als solche könne aber auch die in dem Entwurf vorgesehene Einschränkung in den Religionsunterricht nicht bezeichnet werden. Gerade in den weltlichen Schulen werde man erfahren, daß totes Wissen nie den lebendigen Glauben ersetzen könne. Der Redner wendet sich gegen die Stellungnahme des Deutschen Lehrervereins. Den angeblich 150 000 deutschen Lehrern ständen 4 1/2 Millionen christlicher Eltern gegenüber, die eine christliche Schule fordern. Der deutsche Lehrerverein arbeite jetzt mit denselben Argumenten, die er 1906 gegen das preussische Schulunterhaltungsgesetz ausstrelte. Zu einer allgemein anerkannten Einheitschule — so erklärte der Redner zum Schluß — werden wir nie kommen. Deshalb wollen wir den drei Schulformen Gelegenheit geben, in friedlichem Wettbewerb nebeneinander zu treten.

Abg. Dr. Fischer-Söln (Dem.) begründet die demokratische Interpellation über die Kostenfrage und betont, daß es eine völlige Unmöglichkeit sei, die finanziellen Konsequenzen des Schulgesetzes so zu behandeln, wie es der Minister getan habe. Die bisher der Öffentlichkeit bekannten Einzelrechnungen gäben ein erschreckendes Bild. Der Redner verweist auf die Errechnungen der Stadtgemeinde Berlin sowie auf die Kostenschätzungen von Bremen und Chemnitz und stellt fest, daß die Mehrbelastung freier, je kleiner die einzelnen Gemeinwesen seien. Sicher sei es nicht zu hoch gegriffen, wenn man im Reichsdurchschnitt

eine 40-50prozentige Vermehrung der Schulkosten

zu befürchten habe. Die demokratische Fraktion fordere mit erhöhtem Nachdruck Auskunft, wie hoch die Reichsregierung die Lasten schätze. Der Redner erklärt, daß er nirgends Deckungsmöglichkeiten für die Vorlage sehe. Selbst wenn aber auch die Reichsregierung anderer Meinung sei, würde seine Fraktion doch nicht bereit sein, irgendwie verfügbar zu machende Millionenbeträge diesem Gesetz zu opfern. Dann gebe es dringlichere Aufgaben, die zu erfüllen wären. Der Redner erinnert an das Lehrerausbildungswesen, an das Fortbildungswesen, an die Notwendigkeit eines umfassenden Steuerabbaues, an die Ansprüche der Liquidationsgeschädigten und an die Not der Kleinrentner. Jede festige Finanzgebarung müsse überhaupt aus den Angeln gehoben werden, wenn außerhalb der gesetzgebenden Körperschaften die Kreise der Erziehungsberechtigten das Recht über die Neuerrichtung von Schulen erhalten. Wenn die Reichsregierung auf die Interpellation nicht ausreichend antworten werde, so gebe sie dem ganzen deutschen Volke den Beweis für ihre sachliche Unzulänglichkeit und einen schärfsten Mißtrauen herausfordernden Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl.

Abg. Dr. Schreiber (Str.) erklärt, die Ausführungen der Frau Dr. Bäumer hätten sicher zur Vertiefung des ganzen Schulproblems beigetragen. Er bedauere aber, daß die Rednerin nirgends versucht habe, sich mit dem Schulideal des Katholizismus auseinanderzusetzen und eine Synthese des gesamten deutschen Menschen zu finden. Die Frage sei, wie wir in Deutschland eine das gesamte deutsche Volk umfassende Bildungseinheit schaffen können. Die von Frau Dr.

Bäumer als kulturelle Bildungsbasis bezeichnete Grundlage für die deutsche Volksgemeinschaft sei zu schmal. Für das Zentrum handele es sich nicht um parteipolitische, sondern um elementare Grundforderungen der katholischen Weltanschauung beim Reichsschulgesetz. Entscheidung müsse er die Auffassung ablehnen, als ob es die Erziehung zum nur-konfessionellen wolle, zum staatenlosen Denken, zu unentschiedener Gesinnung. Die Mannigfaltigkeit sei das Besondere der deutschen Kultur. Der preussische Kultusminister Dr. Becker habe in seiner Schrift 1926 die Konfessionalität ausdrücklich als das einigende Band bezeichnet, das zur Schaffung einer weltlichen Gemeinschaft an den Akademien nicht entbehrt werden könne. Bei der Eröffnung der Frankfurter Akademie habe Becker weiter gesagt, daß es falsch wäre, die Simultanschule durch gefühlige Majorisierung zu erzwingen. Die Bekenntnisschule — so betonte der Redner — habe dem deutschen Volke erhebliche produktive Werte zu bieten. Gerade in der Bekenntnisschule werde der Gedanke eines weitestgehenden Universalismus gepflegt. Die Bekenntnisschule könne zu einer großdeutschen Kulturart ersten Ranges werden. In der Zeit der kulturellen Autonomie für die Minderheiten, nachdem auch in der Außenpolitik der Gedanke des Machtstaates verlassen worden ist, sei es für den Staat unmöglich, eine Diktatur im Inneren gegen das Elternrecht auszuüben. Unsere gesamte Sozialpolitik würde ein Fragezeichen bleiben, wenn wir nicht den Mut hätten, uns auf einer großen kulturellen Grundlage mit gegenfeitigem Verständnis und einem gewissen kulturellen Existenzminimum zusammenzufinden und zusammenzuwachsen.

Abg. Schüller (Komm.) bezeichnet das Gesetz als ein Instrument zur weiteren politischen Verklammerung der arbeitenden Massen, die die Kosten zu tragen hätten.

Reichsinnenminister von Reudell beantwortet sodann die demokratische Interpellation über die Kostenfrage und stellt fest, daß er nicht gesagt habe, es sei gleich, ob Reich, Länder oder Gemeinden die Kosten zu tragen hätten. Er sei gleichfalls der Meinung, daß es eine wichtige grundsätzliche Entscheidung sei, wie weit sich das Reich daran zu beteiligen habe. Der Minister erklärt weiter, daß auch die ernstesten Bemühungen der Reichsregierung, die Kostenfrage zu klären, keine wesentliche Besserung in der Haltung der Opposition in ihrer Haltung gegenüber der Vorlage hervorgerufen haben würden. Der Minister wiederholt, daß die Kosten abhängig seien von der Gesamtgestaltung des Entwurfs, besonders auch von den Ausführungsgeboten der Länder.

Es stehe nicht fest, in welchem Umfange die Erziehungsberechtigten auf dem Plan erscheinen würden. Man wisse auch nicht, welche Definition der Begriff des geordneten Schulbetriebes erhalten werde. Die Reichsregierung werde allerdings, ehe die Vorlage den Reichstag noch einmal beschäfte, grundsätzlich die Frage klären, wie weit das Reich sich an den Kosten beteilige. Gegenüber den funktvoll aufgestellten Zahlen des Abgeordneten Dr. Fischer müßte er eine gewisse reservierte Stellung einnehmen. Der Minister beruft sich zum Schluß auf die preussische Regierung, die gleichfalls in ihrer Begründung gesagt habe, daß ein Versuch, die Mehrkosten festzustellen, bisher nicht gemacht worden sei und auch nicht gemacht werden könne.

Nach der Erklärung des Reichsinnenministers betont Abg. Rube (N.S.), es sei kennzeichnend, wie Zentrum und Sozialdemokratie das Schulgesetz behandeln. Solange das Zentrum seine Machtstellung in Preußen gegen die Sozialdemokratie nicht ins Feld führe, solange müsse es sich den Vorwurf einer zwiesachen Stellungnahme gefallen lassen. Der Gesetzentwurf befriedige seine Freunde nicht und berge vor allem vom großdeutschen Standpunkt aus gesehen große Gefahren. Um die Kosten aufzubringen, sollte man die Bank- und Börsenmärkte kräftig betauern. Wir brauchen eine starke christliche Erziehung unserer deutschen Jugend, frei von der Kuhhandelspolitik der großen Parteien.

Abg. Alpers (Deutsch-Dannoveraner) verlangt vollkommene Gleichberechtigung der Bekenntnis-, Gemeinschafts- und weltlichen Schule. Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder trügen schließlich doch immer die Eltern. Diese Verantwortung könne ihnen niemand nehmen. Die Bekenntnisschule dürfe nicht benachteiligt werden gegenüber der Gemeinschaftsschule.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (S.) verteidigt das Zentrum gegen die Angriffe der Nationalsozialisten. Im Weimarer Schulkompromiß habe die Sozialdemokratie zusam-

men mit dem Zentrum eine vernünftige Toleranz geübt. Erst als der Einfluß der Demokratischen Partei gewachsen sei, sei der Brei verdorben worden. Das Zentrum lasse sich deshalb von Herrn Rube nicht scharmachen gegen die Sozialdemokraten. Die Schule solle in erster Linie Schilfflu der Eltern bei der Erziehung sein. Nur in der konfessionellen Schule könne der Lehrer wirklich Erzieher sein. Bei einer Probeabstimmung in Bayern habe die Bekenntnisschule 76 Prozent aller Stimmen der wahlberechtigten Katholiken erhalten, in Baden 76,3 Prozent, in Hessen 66,7 Prozent, in allen Fällen aber mehr Stimmen als bei den politischen Wahlen für das Zentrum gegeben worden waren. Das zeige, daß in Schulfragen das Gewissen entscheide und nicht die politische Überzeugung.

Abg. Rönneburg (Dem.) kritisiert die Verwendung der Probeabstimmungen in Bayern und Baden zur Propaganda für die Bekenntnisschule. Die einzelnen Lehrkräfte hätten mit der konfessionellen Grundlage gar nichts zu tun. Die Fachwissenschaften lehnten es ab, sich unter konfessionellen Zwang zu beugen, namentlich die Naturwissenschaften. Bedauerlich sei, daß der heftigste Redner den Lehrern in den Rücken gefallen sei, obwohl er selbst Lehrer sei. Die pädagogische Arbeit des Lehrers lasse sich nicht kommandieren. Für die Beibehaltung des Religionsunterrichts hätten sich übrigens die Demokraten stets ausgesprochen.

Damit schließt die erste Lesung des Reichsschulgesetzes. Die Vorlage wird dem Bildungsausschuß überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, 13 Uhr; Demokratischer Antrag auf Einführung der Rentnerversorgung, Besoldungsgesetz.
Schluß 17.45 Uhr.

Reichstagschluß am Samstag

Berlin, 21. Oktober. Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat heute den Arbeitsplan für den Rest dieser Woche festgelegt. Danach soll heute die erste Lesung des Schulgesetzes beendet werden. Für Freitag ist die erste Beratung des Besoldungsgesetzes in Aussicht genommen, für Samstag die Beratung über die

Erhöhung der Kriegsbeschädigtenbezüge.

Außerdem sollen noch einige kleinere Vorlagen auf die Tagesordnung kommen, die ohne Aussprache den Ausschüssen überwiesen werden können, darunter auch das von den Demokraten beantragte Rentnerversorgungsgesetz.

Für Samstag ist ferner die Besprechung der Interpellationen und Anträge zum Bergarbeiterstreik in Aussicht genommen, falls nicht inzwischen der Streik beendet sein sollte. Die Erledigung der sozialdemokratischen Interpellation zur Wirtschaftslage wurde vom Vorkonferenzrat abgelehnt, weil sie bei der Fülle des übrigen Stoffes nicht mehr in dieser Woche behandelt werden könnte, und der Vorkonferenzrat daran festhält, am Samstag eine Pause in den Verhandlungen des Reichstages eintreten zu lassen. Wie wir hören, werden sich die Sozialdemokraten jedoch damit nicht zufrieden geben, sondern im Plenum noch einmal die Beratung dieser Interpellation beantragen.

Aber 1 500 deutsche Hochschullehrer gegen den Reudellschen Reichsschulgesetzentwurf.

Eine Kundgebung an Volk und Reichstag!

Vor einiger Zeit wurde in Hochschulkreisen folgende Entschliebung gegen den Reudellschen Reichsschulgesetzentwurf zur Mitunterzeichnung in Umlauf gesetzt:

Angesichts der schweren Gefahren, welche aus dem vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes dem Frieden und dem Gemeinschaftsbewußtsein der Nation zu erwachsen drohen, sehen sich die unterzeichneten deutschen Hochschullehrer veranlaßt, sich mit folgender Kundgebung an Volk und Reichstag zu wenden.

Der Entwurf gibt das Hoheitsrecht des Staates in Schulfragen bei aller ausdrücklichen formalen Anerkennung der Sache nach preis und unterwirft die Schule in ihrer Gesamtstruktur konfessionellen und weltanschaulichen Gesichtspunkten. Er tritt in aufdringlichen Widerspruch zur Reichsverfassung, welche die Gemeinschaftsschule zur Regel erklärt, indem er diese gleich den übrigen Schulformen dem Antragsforderer unterwirft. Er verändert überdies den bestehenden Typus der konfessionellen Volksschule von Grund aus, indem er die Bekenntnismäßigkeit nicht auf den Religionsunterricht beschränkt, sondern in andere Lehrfächer hineinragt. Er läßt befürchten, daß das Bestimmungsrecht über den Charakter einer Schule von Organisationsgehandhabt wird, welche ihre Aufgabe darin sehen, mit mehr oder weniger geeigneten Methoden die Erziehungsberechtigten unter ihren Einfluß zu bringen. Er gefährdet die Freiheit des Lehrerstandes, trägt den kulturpolitischen Kampf um die Schule bis ins Dorf und in die Familie hinein und macht sie zum Spielball konfessioneller, weltanschaulicher und parteilicher Gruppen. Die Bildungseinheit der Nation zu vertiefen, nicht ihre Spaltung und Zerschmung zu fördern, sollte Aufgabe des Reichsgesetzgebers sein.

Ludwig Wschoff, Freiburg. Bruno Bauch, Jena. Wilhelm Busch, Marburg. Alexander Graf zu Dohna, Bonn. Bernhard Harms, Köln. Nicolai Hartmann, Köln. Ernst Hoffmann, Heidelberg. Hermann Dörner, München. Rudolf Otto, Marburg. Heinrich Rickert, Heidelberg. Gerhard Ritter, Freiburg.

Die Durchführung der Aktion leitete Herr Prof. Dr. Ernst Hoffmann, Heidelberg. Am 15. Okt. hat Dr. Hoffmann dem Reichstagspräsidenten Lobe die Unterschriftenammlung überreicht und zugleich mitgeteilt, daß sich

359 ordentliche Professoren, 417 a. o. Professoren, 109 Honorarprofessoren, 320 Privatdozenten und 34 sonstige Mitglieder an der Rundgebung beteiligt haben. Es haben sich also 1539 deutsche Hochschullehrer gegen den Keubel'schen Entwurf ausgesprochen. Das Heidelberger Tageblatt hat in Nr. 242 die Namen sämtlicher beteiligten Hochschullehrer veröffentlicht. Von besonderem Gewicht ist die hohe Zahl von evangelischen Theologen, Pädagogen und vor allem von führenden Staatsrechtlern, die durch ihre Unterschrift warnend ihre Stimme gegen das drohende Reichsschulgesetz erheben.

Heute Beamtenbesoldung.

Neue finanzpolitische Schwierigkeiten. Berlin, 20. Okt. Auf der Tagesordnung der morgigen Reichstagsitzung steht die Reform der Beamtenbesoldung. Die Beratung über diese Frage wird vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler mit einer großen finanzpolitischen Rede eingeleitet werden. Wie wir erfahren, wird in dieser Rede die allgemeine finanzpolitische Lage wenig günstig geschildert werden.

Bei der Beratung der Besoldungsvorlage im Reichsrat hat sich gezeigt, daß der Widerstand der Länder gegen die Aufbringung der Kosten für die Beamtenbesoldung so groß ist, daß Zahlungen des Reichs an die Länder für diesen Zweck unvermeidlich erscheinen. Gleichzeitig ist das Reich aber auch durch andere, neu entstandene Ausgaben stark belastet, so vor allem durch die Entschädigungen für die Liquidationsgeschädigten. Bekanntlich haben sich der Durchführung des ursprünglichen Planes, die Auslandsdeutschen aus den Reichsbahnobligationen schadlos zu halten, große reparationspolitische Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Da aber die Entschädigung der Auslandsdeutschen unbedingt erfolgen muß, ergeben sich neue Lasten für das Reich.

Nimmt man dieses Zusammentreffen von Ausgaben für die Liquidationsgeschädigten, von Rücksichtnahme auf die Reparationspolitik, von finanziellen Bedürfnissen der Länder zusammen, so ergibt sich die Notwendigkeit, die Ausgaben, die aus der Erhöhung der Beamtengehälter entstehen können, noch einmal sehr gründlich durchzuprüfen. Das soll, wie wir erfahren, im Haushaltsausschuß des Reichstags geschehen, wenn die öffentliche Debatte über die Beamtenbesoldung beendet sein wird.

Bei der Wichtigkeit, die durch alle diese Fragen die Beamtenbesoldung erhalten hat, werden die Fraktionen voraussichtlich sämtlich ihre Führer in den Haushaltsausschuß delegieren und es muß dann in diesem Ausschusse ein Weg gefunden werden, der auf die verschiedenen finanzpolitischen Schwierigkeiten, Liquidationsgeschädigten, Reparationsfragen und Finanzbedürfnisse der Länder, ausreichend Rücksicht nimmt. Nach all dem wird also die Vorlage über die Beamtenbesoldung jedenfalls nicht unbesehen angenommen werden, sondern es werden sehr ernste finanzielle und elatsrechtliche Auseinandersetzungen, vielleicht auch eine gewisse Umgestaltung des Gesetzes erforderlich sein.

Sitzung des handelspolitischen Ausschusses

Berlin, 21. Okt. Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages genehmigte gestern nach kurzer Aussprache das Handelsabkommen mit Frankreich, den Vertrag mit Norwegen über die Einführung eines Vertragszolltarifs für gewisse norwegische Fischkonserven in Tomaten, sowie den Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Japan. Den Rest der Sitzung bildeten vertrauliche Mitteilungen der Reichsregierung.

Die Unwetterschäden im Sommer.

Beratungen im preussischen Landtag.

Berlin, 21. Okt. Der Hauptausschuß des preussischen Landtages beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag mit der Beratung der zahlreichen Anträge zu den Unwetterschäden des letzten Sommers und mit den Maßnahmen, die zur Vorbeugung künftiger Ernteschäden dienen sollen. Von Regierungsvertretern wurde mitgeteilt, daß die Durchführung des Hochwassererschützensproblems in Preußen insgesamt 480 Millionen Mark kosten werde. Für 1927 müssen 56 Millionen ausgebracht werden, für 1928 seien Pläne in Höhe von 128 Millionen in Vorbereitung. Weiter wurde mitgeteilt, daß in einzelnen Fällen Steuererhöhungen und Steuererlässe eintreten werden. Nach längerer Aussprache verlagte sich der Ausschuss für den Freitag.

Der deutsche Außenhandel im September 1927

Berlin, 21. Okt. Der deutsche Außenhandel zeigt im September 1927 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuß von 242 Millionen Reichsmark gegen 292 Millionen Reichsmark im Vormonat. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr nahm gegenüber dem Vormonat leicht um 14 Millionen Reichsmark zu, und zwar stieg die Einfuhr an Lebensmitteln um 24 Millionen Reichsmark, während die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren um 22 Millionen zurückgegangen ist. Eine leichte Zunahme zeigen ferner lebende Tiere (um 4 Millionen Reichsmark) und Fertiga-

Ein Frühlingstraum.

65) Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

Hier in der Stille der Nacht sah sie mit dem geliebten Mann allein am Bette seines Kindes, das hätte sie sich nimmer denken können. Und da kam auch ihr der Gedanke — wäre es doch auch das ihrige und Wolf ihr Gatte — wie schön wäre das doch! Brennend ruhte sein Blick auf ihrem süßen Gesicht; er forschte und suchte in den klaren Zügen — sie kommt ihm so fremd und doch so vertraut in der einfachen Schwestertracht vor — es geht von ihr wie himmlischer Friede aus — da ist es, als zwingt sie sein Blick; sie hebt ihre Augen, senkt sie aber gleich wieder, erröend von der heißen innigen Zärtlichkeit, die ihr daraus entgegenstrahlt. Weife, behutsam legt er seine Hand auf die ihre, die darunter erbebt.

„Mein Märchen, so hab ich dich endlich wieder!“ Eine tiefe Bewegung hebt aus seiner Stimme. Sie schüttelt jedoch faust, aber entschieden das Haupt.

„Nein, Wolf, nicht! Das ist vorbei; sprich mir nicht von der Vergangenheit!“ Ohne daß sie es wollte, kam das traurige „Du“ von ihren Lippen. „Geh jetzt, und sei ohne Sorge um dein Kind; ich will es hüten, als ob es mein eigen wäre!“ Tränen zitterten in ihrer Stimme, und ihre ganze Gestalt bebte.

„Willst du mir nicht wenigstens sagen, wo du warst, wie es dir in den Jahren ergangen ist, die wir getrennt waren?“ bat er. „Wie hab' ich nach dir geforscht!“

„Du siehst, Wolf, daß ich den Frieden gefunden habe — gönne ihn mir und frage nicht weiter!“

„Frieden!“ kam es bitter von seinen Lippen. — „wenn ich das auch sagen könnte, wenn du wüßtest, wie friedlos es in mir ausbricht, wie ich leide — du hättest Mitleid mit mir! Du schickst mich nicht fort und gönntest mir, wenigstens in deiner Nähe zu bleiben, dich zu sehen und deine Stimme zu hören!“

Waren (um 8 Millionen). Bei der Ausfuhr ergibt sich infolge der stark gesteigerten Fertigmarenausfuhr — die Septemberausfuhr ist die höchste der Nachkriegszeit überhaupt — eine Zunahme von 64 Millionen Reichsmark. Die Ausfuhr an Lebensmitteln hat um zehn Millionen zugenommen, die Ausfuhr an Rohstoffen dagegen um elf Millionen abgenommen.

Riesenerunterzahlungen in Düsseldorf

Düsseldorf, 21. Oktober. Gestern wurden zwei Kassierer der Stadthauptkasse von Düsseldorf wegen Unterschlagungen in Höhe von 120 000 Mark verhaftet. Eine unvorhergesehen vorgenommene Prüfung der Regierungshauptkasse hatte das Ergebnis, daß auch hier von einem Kassierbeamten umfangreiche Unterschlagungen vorgenommen worden sind. Diese belaufen sich auf etwa 200 000 Mark. In beiden Fällen sollen die ersten Unterschlagungen bereits zwei Jahre zurückliegen. Solche unvermutet vorgenommenen Kassierprüfungen hatten bisher nichts aufdecken können.

Für Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Bayerische Volkspartei

München, 21. Okt. Wie die „Passauer Donauzeitung“ erzählt, haben in letzter Zeit in Bayern Besprechungen von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenvereine innerhalb der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums stattgefunden, in denen beschloffen wurde, an die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei das Ergehen zu richten, die Hindernisse für ein Zusammengehen mit dem Zentrum wenigstens im rechtsrheinischen Bayern in den kommenden Wahlkämpfen zu beseitigen.

Der Braunkohlenindustrieverein zur Streiklage

Halle, 21. Okt. Der Deutsche Braunkohlenindustrieverein gibt folgenden Tagesbericht zur Streiklage heraus:

„Die Auswirkungen des Streits lassen sich nunmehr auf Grund statistischer Unterlagen genauer erfassen. Für den 17. Oktober liegen Berichte vor von Werken, deren tägliche Förderung im Monat September insgesamt 73,6 Prozent der täglichen Gesamtförderung d. Mts. im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ausmachte. Diese Werke erzielten am 17. Oktober, d. h. am ersten Streiktage eine Förderung, die sich auf 44,6 Prozent der täglichen Förderung dieser Werke im Monat September bezifferte. Diese Förderung wurde erzielt mit einer Belegschaft, die sich auf 33,9 Prozent der durchschnittlichen Belegschaft des Monats August belief. Für den 15. Oktober liegen Meldungen von Werken vor, die über eine Förderung von 83,1 Prozent der täglichen Förderung des Vormonats verfügen. Die Förderung dieser Werke am 18. Oktober, d. h. am zweiten Streiktage, belief sich wie am ersten Streiktage auf 44,6 Prozent der normalen Förderung dieser Werke im Vormonat. Durch Einordnung der noch ausstehenden Meldungen dürften die Gesamtergebnisse kaum merklich beeinflusst werden.“

Diese Ziffern lassen erkennen, daß die von Gewerkschaftsseite verbreiteten Nachrichten über die Stilllegung der Braunkohlenwerke zum Teil erheblich übertrieben sind. Es ist vor allen Dingen auch unzutreffend, wenn behauptet wird, daß aus den Gruben des Reunawerkes nur 40 Mann die von der Zentralparteileitung beschlossenen Notstandsarbeiten verrichten. Es ist vielmehr festzustellen, daß die Grube Elise II am 19. Oktober eine Förderung erreichen konnte, die über die normale Förderung hinausgeht. Die Grube „Pauline“ erzielte die normale Förderung. Die Arbeit auf den beiden Gruben geht weiter, obwohl die Streikleitung gestern den Versuch machte, die Gruben durch Entsendung von Trupps Streikender zur Stilllegung zu veranlassen. Die gleichfalls zum Streikgebiet gehörende Grube Theodor im Bitterfelder Revier erzielte zwei Drittel der Normalförderung. Die für die Anilinfabrik arbeitende Grube Hermine konnte die Produktion mit Angestellten ausrecht erhalten. Ebenso kann entgegen anders lautenden Meldungen die Belieferung des Großkraftwerkes Schemnitz als gesichert bezeichnet werden.

Insgesamt betrachtet, hat sich die Lage gegen den Vortag nicht wesentlich verschoben. Die Streikleitung ist stellenweise dazu übergegangen, den Streikterror weniger auf der Straße als in den Kolonien und in den Häusern der arbeitswilligen Belegschaft geltend zu machen. Die Kohlenförderung betrug im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau im September 8 694 014 Tonnen, die Bricketherstellung 2 210 028 Tonnen und die Kokszerzeugung 3 787 929 Tonnen. Die arbeitswillige Förderung in Kohlen stellte sich im September auf 3 343 885 Tonnen, in Bricketts auf 85 001 Tonnen. Die Belegschaftsziffer betrug im August 74 889 Mann, die Belegschaftsziffer für September ist nicht bekannt.

Der Regierungspräsident von Merseburg im Streikrevier

Halle, 21. Okt. Die Regierung von Merseburg teilt mit,

„Wolf, wie kannst du jetzt daran denken! Ich bitte dich — geh! Kasse mich allein! Raube mir doch meine Ruhe, meine Besonnenheit nicht, die ich so nötig habe. Wäre uns doch dies Wiedersehen erspart geblieben! Ich war zufrieden geworden — ich hatte endlich überwunden, vergessen!“

„Ist dir das so leicht geworden? Ich habe dich nie vergessen können — habe es auch nie versucht! Du bist bitter gerächt, Mary — Gabriele — doch ich will sie nicht anlagern, vielleicht trage ich ebenso viel Schuld — meine Ehe ist über die Maßen unglücklich“, sagte er dumpf.

„Wolf“, ermahnte sie, „besinne dich, komm zu dir; du darfst das nicht sagen — du hast ja ein Kind, ein süßes, liebes Kind!“

Er sah sie einen Augenblick an — wie konnte sie sich zurecht! Mit einem tiefen Aufseufzen erhob er sich. „Ich will gehen; wenn ich in Halslos Zustand etwas ändert, rufft du mich sofort; versprich es mir!“

„Ja, Wolf, gehe ganz unbesorgt — und schlaf, du hast es nötig“, sagte sie, einen mitleidigen Blick in sein bleiches Gesicht werfend. Sie reichte ihm die Hand: „Gute Nacht, mein Wolf!“

Mit sekem Druck umspannte er ihre Rechte und drückte einen heißen Kuß darauf. Sie fühlte, wie etwas Warmes, Rasches darauf fiel, konnte aber nicht antworten, da ihre Augen ebenfalls voller Tränen standen. Dann war sie allein; leise hatte Wolf das Zimmer verlassen.

VI.

Du trägst in den Augen einen Schrein, Der sagt mir, die schwersten Stunden Hab ich durchlebt! Allein! Allein! Aber ich hab es verwunden!

Frieda Schanz.

Ade, adel! Ich bin dein Viehchen nicht! Einst war ich wohl dein Schatz im Mai — Doch das ist längst vorbei!

(Hauptmann, Verfunzene Glode.)

„Gerettet!“ Der Mann am Fenster schämte sich der Tränen nicht, die

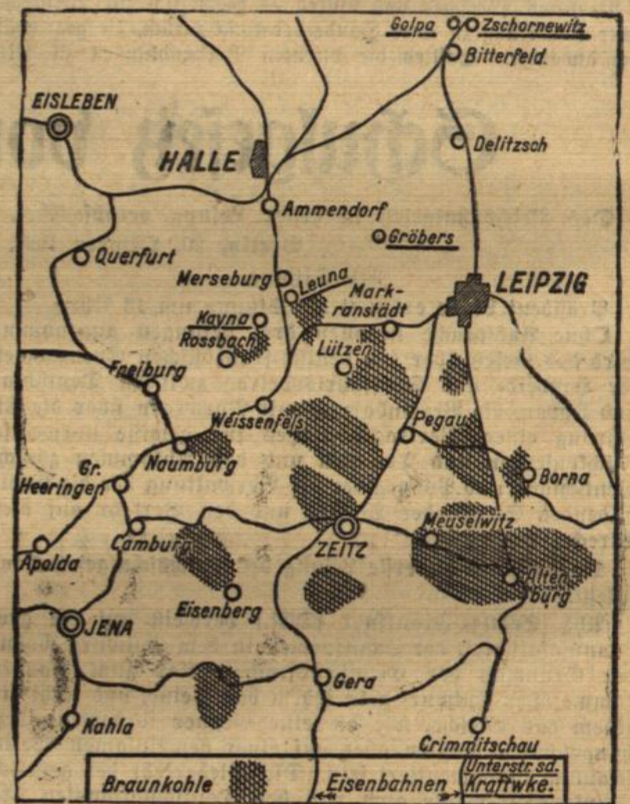
daß heute morgen die Gruben des Geiseltales vom Regierungspräsidenten Dr. Grünher zur Feststellung der polizeilichen Sicherungsverhältnisse befragt wurden. Der Schichtwechsel habe sich in der denkbar größten Ruhe und Ordnung vollzogen. Dieses Urteil sei auch von den Werkdirektoren für den heutigen Tag bestätigt worden. Der Regierungspräsident nahm Veranlassung, der Streikleitung in Mitleid seine Anerkennung für das einwandfreie Verhalten auszusprechen, aber auch mit aller Deutlichkeit hervorzuheben, daß er sich nicht veranlaßt sehe, die Landjäger und Schutzpolizei in geringem Ausmaß als bisher im Geiseltal zu zeigen, da das Geiseltal als eine besondere politische u. wirtschaftliche Gefahrenquelle bekannt sei und dies ihm zu seiner ganz besonderen Pflicht mache, die Polizei vorbeugend wirken zu lassen. Im übrigen habe, wie weiter mitgeteilt wird, an allen Stellen, wo irgend welche unzulässige Beeinflussung der Arbeitswilligen beabsichtigt war, die bloße Anwesenheit der Landjäger oder der Schutzpolizei solche unzulässigen Handlungen verhindert. Irgend welche größeren Terrorakte seien der Regierung in Merseburg nicht bekannt geworden.

Wie weiter hierzu gemeldet wird, wurden in einzelnen Gruben des Zeitz-Mensewitzer Reviers die Arbeitswilligen von den Streikenden mit Musik nach der Grube begleitet und bei Schichtwechsel auf dieselbe Weise wieder abgeholt. Diese Taktik hatte den Erfolg, daß die Arbeitswilligen heute nicht wieder einfuhren. Die Zeitzer Zunderfabrik wurde gestern abend stillgelegt, da die Kohlenbelieferung auf die Hälfte zurückgegangen war.

Die Schlichtungsverhandlungen

Berlin, 20. Okt. Die Sitzung der Schlichtungskammer zur Beilegung des Lohnstreites im Braunkohlenbergbau wurde um 19.15 Uhr fortgesetzt, nachdem die Arbeitgeber im Braunkohlenbau und die Arbeitnehmer im Reichsarbeitsministerium zu Sonderverhandlungen zusammengetreten waren. Das Ende der Verhandlungen ist noch nicht abzusehen.

Karte des mitteldeutschen Braunkohlengebietes



Unsere Karte zeigt das Hauptvorkommen der Braunkohle in Mitteldeutschland, dem Gebiet, in dem zur Zeit 60- bis 80 000 Grubenarbeiter streiken. In diesem Gebiet liegen einige Kraftwerke, die für die Fernverlegung wichtig sind und deren Kraftzerzeugung auf der Braunkohle aufgebaut ist, so Golpa-Zschornowitz, das hauptsächlich Berlin beliefert, dann Groß-Ranna bei Merseburg, und Gröbers (zwischen Halle und Leipzig). Die riesenhaften Reunawerke bei Merseburg, die Ammonial aus Luftstickstoff gewinnen, sind ebenfalls auf die Belieferung mit Braunkohle angewiesen.

Der Bericht der Kreishauptmannschaft Leipzig

Leipzig, 21. Oktober. Die Kreishauptmannschaft Leipzig gibt bekannt: Die Lage im Streikgebiet der Hauptamtmannschaften Borna, Leipzig und Grimma hat sich bis heute fast nicht geändert. Es herrscht überall noch völlige Ruhe, wie auch Ausschreitungen weiterhin nicht vorgekommen sind. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium

bei diesem Wort des Arztes über seine Wangen liefen. Behutsam legte dieser mit Hilfe der Schwester das von der glückselig überstandenen Krisis vollständig erschöpfte Kind im Bett zurecht, gab dieser mit leiser Stimme noch einige Anweisungen, und verließ dann mit Wolf das Zimmer. Draußen streckte ihm dieser ergriffen beide Hände entgegen. „Wie soll ich Ihnen danken, lieber Kornelius! Ich kann wieder atmen, da ich mein Kind außer Gefahr weiß.“

„So weit sind wir noch nicht, Herr Hauptmann“, antwortete der junge Arzt ernst. „Hasso ist sehr schwach und äußerster Vorsicht ist geboten. Wenn ein Rückfall eintritt, kann ich für nichts stehen! Doch Schwester Konsuelo ist ja so gewissenhaft, daß wir ruhig sein können. — Wie geht es übrigens Ihrer Frau Gemahlin?“

„Danke, etwas besser; sie schläft seit 11 Uhr!“

„So? Das ist gut! Sie gefiel mir in den letzten Tagen gar nicht. Die ungewohnte Aufregung und die viele Sorgen haben ihr geschadet; ich glaube, es steckt eine tüchtige Erkrankung in ihr! — Morgen früh oder vielmehr heute noch werde ich auch nach ihr sehen, vorausgesetzt, daß sie damit einverstanden ist; sagen Sie mir nicht, daß Sie schon mit dem Sanitätsrat gesprochen haben? Ja? Das ist mir recht, denn ich möchte mir nicht die Ungnade jenes Herrn anzuehen.“ Doktor Kornelius sah nach der Uhr. „Gleich drei! Dann legen Sie sich schleunigst nieder, Herr Hauptmann, Sie sehen ja zum Erbarmen aus! Sie können es ohne Sorge; die Schwester wacht ja!“ Damit empfahl er sich. —

Ganz leise öffnete Wolf die Tür zum Krankenzimmer. Mary drehte sich um, da sie das Geräusch gehört, und legte den Finger an die Lippen. „Hasso schläft“, kam es wie ein Hauch darüber. Lange blickte Wolf auf das Kind, das vor wohlthätigem Schlummer umfangen dalag und ruhig atmete. Mitleidig sah Mary auf Wolfs blaues Gesicht und leich jagte sie:

„Warum gehen Sie nicht schlafen, Herr Hauptmann! Sie sehen, wie süß Hasso schläft; gönnen Sie sich etwas Ruhe —“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern.

* Sinheim, 20. Okt. (Die Hindenburg-Marke.) Zur Linderung der Not im verarmten Mittelstand und bei den Sozialrentnern ist der Ertrag der Hindenburg-Marke bestimmt. Die freien Wohlfahrtsverbände fördern dieses Liebeswerk durch tägliche Mitarbeit, insbesondere auch durch Straßen- und Haus-sammlungen. Jeder Deutsche sollte an dieser Aufgabe durch Kauf der Hindenburgmarke für Sammlungs- und Fraktionierungszwecke mitwirken.

* Sinheim, 21. Okt. (1. Schwerer Artilleristentag in Frankfurt a. M.) Der Waffering der Deutschen Schwere Artillerie hat unter Zustimmung seiner sämtlichen Landesverbände beschlossen, als erste große Wiedersehensfeier aller ehemaliger Angehörigen der nicht mehr bestehenden Waffe den 1. Schweren Artilleristentag vom 2. bis 4. Juni 1928 in Frankfurt a. M. abzuhalten.

* Sinheim, 21. Okt. (Eine neue Radioerfindung?) Wie aus Dortmund gemeldet wird, ist auf dem Gebiete des Radios wieder eine Erfindung gemacht worden, die die bisherigen kostspieligen Verstärkerrohre zu ersetzen vermag. Soweit man hört, kommen bei dem neuen Verstärker Röhren- und Heizbatterien in Weg-fall; nur der Anodenstrom von etwa hundert Volt bleibt bestehen. Zu bemerken ist, daß es sich bei der neuen Erfindung keineswegs um einen Mikrofonverstärker oder dergl. handelt, sondern um eine kleine sinnreiche Konstruktion mit vier Elektroden, und daß beliebig viel Verstärkungsstufen verwendet werden können.

* Sinheim, 20. Okt. (Anmeldefrist für Neubestanzleihen.) Für den Umtausch des Neubestanz an Länder- und Gemein-deanleihen ist durch Verordnung eine Frist bis 14. Januar 1928 gesetzt worden. Nach dem Ablosungsgebot vom 16. Juli 1925 entfallen bekanntlich auf je 500 Mk. (bzw. bei Inflationsan-leihen auf je 500 Mk. Umtauschwert des Neubestanz) 12.50 RM Anleiheablosungsschuld des betr. Schuldners. Die Ansprüche aus Anleihen der Länder, Gemeinden usw. bestehen nur nach Maß-gabe des Anleiheablosungsgebotes. Die Stücke, die nicht inner-halb der genannten Frist in Ablösungsanleihe umgetauscht worden sind, sind hernach völlig wertlos.

* Weiskirchen, 20. Okt. (Die Renovierungsarbeiten) an der hiesigen Stadtkirche, die nun nahezu fünf Monate dauern, gehen dem Ende entgegen. Mängel schwerer Natur, besonders an der roten Sandsteine, mußten behoben werden und fast die ganze Galeriebrüstung wurde erneuert. Der Turm wurde von oben bis zur Galerie mit einer rotbraunen Verfärbung angestrichen, um die Wetterbeständigkeit zu erhöhen. Das Mauerwerk ist mit einem rötlichgelben Spritzwurf versehen, die Zifferblätter an der Kir-chenuhr und die Fenster sind neu hergerichtet, so daß der gotische Bau wieder ein gutes Aussehen hat.

* H. A. G. (Bericht.) Auch in unserem Dorfe wurden nun an den vom durchgehenden Autoverkehr am meisten benutzten Straßen Wegbezeichnungen angebracht. Diese Vorkkehrung ist sehr zu begrüßen, da sich nun der Verkehr hem-mungslos abwickeln kann. Dazu soll in den nächsten Tagen die Kreisstraße Heidelberg-Würzburg von hier bis Daudenzell ge-walt und geteert werden. — Die Obsterte ist über alles Erwar-ten gut ausgefallen. Noch jetzt gehen täglich Wagenladungen mit der Bahn ab. Der Preis beträgt für Tafelobst 8—12 Mark für Mostobst 2—4 Mark. — Die Kartoffeln sind durchweg ein-geheimt. Der Preis stellt sich höher, als man annahm, da wohl die Quantität reichlich, aber die Qualität durch den Regen auch bei uns litt. Für ausgelesene Ware werden 3,50 bis 4 Mk. für den Zentner bezahlt.

* Neckargemünd, 20. Okt. (Schiffsunfall.) Am Samstag nach-mittag fuhr das dem Schiffer Karl Neuer aus Eberbach gehörige, mit Steinsalz zu Tal fahrende eiserne Neckarschiff im Ommental in der Nähe des Kimmeldacherhofes auf einen im Fahrwasser liegenden Felsen auf und stellte sich quer über den Fluß, jede Durchfahrt sperrend. Alle Versuche, durch Menschenkraft den Kahn flott zu bringen, mißlang. Erst gestern gegen Mittag kam ein Schleppzug zu Berg, dessen Schlepper das Schiff vom Felsen abzog. Es konnte, ohne größere Beschädigung erlitten zu haben, seine Fahrt fortsetzen. Vermutlich ist der Fels durch die Schlep-perkette in die Fahrtrinne gebracht worden.

* Mannheim, 21. Okt. (Autounfall.) Vom Fußballspiel zurückkehrend, fuhr ein mit vier Personen besetzter Kraft-wagen auf einen Sandhaufen, wobei die Insassen herausge-schleudert und erheblich verletzt wurden. Die Schuld an dem Unfall haben sich die Autofahrer selbst zuzuschreiben. Sie fuhren einmal mit übermäßiger Geschwindigkeit und haben zum anderen die rechte Straßenseite nicht eingehalten. Das Auto wurde schwer demoliert und mußte abgeschleppt wer-den.

* Mannheim, 21. Okt. (Unfälle.) Bei Erdarbeiten in einem Neubau in Neckarau wurde ein 25jähriger Maurer ver-schüttet. Er brach dabei den linken Unterschenkel. — Ein 64jähriger Holzleger stürzte in einem Baugeschäft in der Dinnshafenstraße in einen vier Meter tiefen Schacht und ver-letzte sich am Kopf.

* Dossenheim, bei Heidelberg, 21. Okt. (Reihenländung.) Vorgefem wurde am Neuen des Schwabenheimer Elektri-zitätswerks die Leiche des vor vierzehn Tagen ertrunkenen Steinbrechers Karl Kunkel gelandet. Der zweite, der sich am verschlungenen Freitagabend ebenfalls ertränkt hat, Seba-stian Rübinger, ist bis jetzt noch nicht gefunden. Beide wa-ren Arbeiter im staatl. Porphyrwerk dastier.

* Neilsheim (bei Heidelberg), 21. Okt. (Unglücksfall.) Der 27jährige Landwirt Wilhelm Beck griff beim Säubern des Auslaufs unter der Mahlmühle, welche mittels Elektro-Motors betrieben wird, in den Auslauf, wobei die Säge-walze die rechte Hand erfaßte und sie bis zur Mitte zerriß. Er konnte erst nach dem Auseinandernehmen der Mühle aus seiner mislichen Lage befreit werden. Ein Glück war dabei, daß der Riemen von der Scheibe sprang, sonst wäre ein Teil des Unterarms noch in die Walze hineingezogen worden.

* Eisenberg, 20. Okt. (Der verprügelte Liebhaber.) Ein junger Mann aus Gölheim, welcher mit der Tochter eines zur Zeit hier gastierenden Birkenbesizers Bügler ein Ver-hältnis unterhielt, wurde am späten Abend, als er seine Liebste besuchen wollte, von deren Vater derart verprügelt, daß er mit nicht ungesährlichen Verletzungen in das Kran-kenhaus überführt werden mußte. Für den prügelnden Schwiegervater in spe dürfte der Vorfall ein gerichtliches Nachspiel haben.

* Freiburg, 20. Okt. (Autounfall.) Landrat Dr. Pfiz-ner wurde in Müllheim vor dem Rathaus von einem Auto, das von einer Dame gesteuert wurde, erfaßt, zu Boden ge-schleudert und mehrere Meter weit mitgeschleift. Die Ver-letzungen sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

* Gschwend, bei Todtnau, 21. Okt. (Unfall.) Ein mit Langholz beladener Fuhrwerk von Bernau geriet in der Nähe des Schulhauses über die Böschung und überschlug sich. Die Ladung fiel in den Kanal des Sägewerks, der Lenker erlitt bei dem Sturz Verletzungen.

* Weins, 21. Okt. (Besatzungswischenfall.) Das „Jour-nal“ meldet: Als am Samstagabend kurz nach 9 Uhr die

junge Frau eines deutschen Feuerwehrmannes das Selters-wasserhäuschen gegenüber dem Teppichhaus von Ganz in der Bingerstraße passierte, um ihre Wohnung aufzusuchen, sprangen plötzlich zwei marokkanische Soldaten hinter dem Häuschen hervor und versuchten die Frau festzuhalten. Die Frau schrie um Hilfe und lief so rasch sie konnte davon, verfolgt von dem einen Marokkaner. Sie erreichte glück-lich ihre Wohnung, wofür sie einen Nervenzusammenbruch erlitt. Die Polizei wurde sofort von dem Vorfall verständigt.

** Aasel, 21. Oktober. (Ein unerhörter Vorfall.) Wie jetzt durch Zeugen einwandfrei festgestellt ist, wurde vor einigen Tagen der schwerkriegerische Landwirt und Fuhr-mann Sailer von Betschbach bei Baumholder beim Durch-fahren der Stadt Aasel in der Nähe des Böllerschen Fa-brikawerks von dem Führer einer durchreitenden fran-zösischen Truppe in schimpflicher Weise mißhandelt. Sailer hielt mit seinem mit zwei Pferden bespanntem Fuhrwerk auf der rechten Straßenseite dicht am erhöhten Fußsteig an, um die Truppe vorbeizulassen. Er saß auf seinem Wa-gen und hielt seine Peitsche in der Hand, als einer der Führer der Kolonne an ihn heranritt und ihn bat, ihm seine Peitsche zu geben. Daraufhin schlug ihm der Franzose mit der Peitsche mitten ins Gesicht, in dem die schweren Kriegerverwundungen deutlich erkennbar sind. Die fran-zösischen Reiter begleiteten den widerwilligen Austritt mit höhnischem Gelächter.

** Straßburg, 21. Oktober. (Mit dem eigenen Leben be-zahlt.) Der Direktor einer hiesigen Transportunterneh-mung, Schmitter, ist durch zwei unvorsichtige Kinder bei einer Autofahrt ums Leben gekommen. Diese hatten sich einen vor Schmitter herfahrenden schweren Lastwagen hin-ten angehängt und sich ein Stück Wegs ziehen lassen. Ohne den Schmitterischen Wagen bemerkt zu haben, sprangen sie plötzlich von dem Lastwagen ab, unmittelbar vor das nach-folgende Auto. Um den beiden Kindern das Leben zu ret-ten, lenkte Schmitter mit scharfer Kurve in den Straß-en-graben, wo der Wagen sich überschlug und der Fahrer das Genick brach.

Karlsruher Schöffengericht.

Karlsruhe, 20. Okt. Wegen Sittlichkeitsverbrechens hatte sich heute der 37 Jahre alte ledige Maurer und Tagelöhner Johann Friedrich Wenner aus Durlach-Aue, der bisher un-bestraft ist, zu verantworten. Ihm wird zur Last gelegt, daß er in mehreren Fällen in Durlach an Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen hat. Das Ge-richt verurteilte ihn wegen fortgesetzten schweren Sittlich-keitsverbrechens im Sinn des § 176,3 zu einer Gefängnis-strafe von acht Monaten abzüglich ein Monat Unteruchungs-haft, sowie zu drei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehren-rechte.

Eine weitere Anklage gegen Zorn von Bulach.

Straßburg, 21. Oktober. Die Staatsanwaltschaft hat ge-gen Freiherr Zorn von Bulach eine neue Anklage eröffnet, nunmehr die fünfte, die gegen den politischen Agitator schwebt, und der Untersuchungsrichter hat bereits ein Ver-hör vorgenommen. Diesmal soll Bulach den Präsidenten be-droht haben, indem er angeblich geäußert habe, wenn von den Kriegsverbänden, die kürzlich mit Selbsthilfe gegen die Antonomisten drohten, ihm oder einem seiner Anhänger et-was geschehe, werde binnen drei Tage die Präfektur in die Luft fliegen. Bulach hat gleich etliche Zeugen zum Unter-suchungsrichter mitgebracht, die erklären, daß in der frag-lichen Versammlung in Bulachs Wohnort Gerstheim solche Äußerungen nicht gefallen seien. Die Anklage trägt sich da-gegen auf die Aussage des Dorfpolizisten.

Flugzeugunglück bei Rottbus.

Der Pilot getötet.

Berlin, 20. Okt. Bei einem Geschwader von vier Flugzeugen der deutschen Verkehrsflugschule Staaken, das sich auf einem Flug von Berlin nach Götting befand, stürzte, wie die Morgenblätter melden, unmittelbar am Flughafen Cottbus aus einer Höhe von 100 Metern das Flugzeug D 1185 ab. Das Flugzeug ist vollkommen zertrümmert. Der Führer Weiß erlitt einen schwe-ren Schädelbruch und ist im Krankenhaus Cottbus seinen Ver-letzungen erlegen. Der Unfall wird auf eine Wee zurückgeführt.

Jeder sechste Dresdener ein Sparer.

Dresden, 21. Oktober. Die Dresdener Sparkasse gibt eine Aufstellung heraus, wonach die Zahl der Sparer in Dresden wieder auf 102 000 gestiegen ist. Damit hat nun-mehr jeder sechste Dresdener Einwohner ein Sparbuch. In-sgesamt betrug die eingezahlte Sparsumme am 31. Au-gust d. J. über 28 Millionen Mark. Das ist eine sehr erheb-liche Summe, die zeigt, daß nach der Inflation wiederum ein Mittelstand in der Heranbildung begriffen ist.

Das Pech der blinden Passagiere.

Paris, 21. Oktober. In dem Laderaum des im Hafen von Nizza liegenden Frachtdampfers „Mecanicien-Moutte“ wurden zehn halbverhungerte Araber aufgefunden. Sie hatten sich heimlich in Alger eingeschifft, nachdem sie einem Matrosen des Dampfers 5000 Franken bezahlt hatten. Die-ser hatte sich dafür verpflichtet, die Araber während der Ueberfahrt zu ernähren, diese Verpflichtung aber nicht eingehalten. Der Matrose wurde verhaftet.

Erneute Anlandung der französischen Südamerikafleger.

Paris, 21. Oktober. Coste und Le Briz, die am Mittwoch ihren Flug nach Buenos Aires zu beenden gedachten, muß-ten infolge ungünstiger atmosphärischer Bedingungen auf halbem Wege in Sant Catarna in Brasilien niedergehen.

Neuer Banditenüberfall auf einer Eisenbahnung in Mexiko.

London, 21. Oktober. Wie aus Laredo in Texas berichtet wird, ist südlich von San Louis Potosi ein Eisenbahnzug von mexikanischen Banditen überfallen und ausgeplündert wor-den. Die Banditen brachten zwei Bomben zur Explosion, wodurch der Zug zum Halten gezwungen wurde. Von den Passagieren wurden acht getötet und zahlreiche andere ver-letzt. Den Räubern fielen etwa 50 000 Dollar in die Hände. In dem Zuge befanden sich auch mehrere Verwandte des mexikanischen Präsidenten Calles, die jedoch nicht bekräftigt wurden. Den Banditen gelang es, unbehelligt zu entkom-men.

Nach einer weiteren Meldung aus Mexiko wurde im Grubenbezirk von Nayarit ein von einer Militäreskorte begleiteter Geldtransport von Banditen überfallen. Die Verbrecher töteten vier Soldaten und raubten einen Post-sack und etwa 2000 Dollar. Auch hier konnten die Banditen flüchten.

Die Urubun auf den Salomon-Inseln.

London, 21. Oktober. Nach den letzten Berichten von den Salomoninseln sind die Urubun auf zwei oder drei Stämme beschränkt. Ein allgemeiner Aufstand wird nicht mehr befürchtet, obwohl die Lage in zwei Niederlassungen auf der Insel Malaita, wo bekanntlich zwei Engländer und 15 Eingeborene ermordet wurden, nach wie vor ernst ist. Die Europäer stehen jedoch unter besonderem Schutz.

Berlin haben eine sichtlich Entspannung der Lage gebracht, da allerseits die Hoffnung besteht, daß diese zu einem baldigen und guten Abschluß der Bewegung führen. In Auf-witz ist am 19. Oktober nachmittags der Einsatz der Teno erfolgt. Die Bemühungen der Behörden, durch Verhand-lungen die Uebernahme dieser Notstandsarbeiten durch die Streikenden zu erreichen, blieben leider ergebnislos. Die Streikleitung hielt in Anbetracht der vorhandenen Kohlen-menge im Kraftwerk einen Notstand vor Freitagnachmittag nicht für gegeben und erklärte sich bereit, am Freitag-nachmittag für die Stellung von Arbeitern einzutreten. Andererseits beharrte die Werksleitung auf der Notwen-digkeit des sofortigen Einsatzes der Teno. Wie aus Merse-burg mitgeteilt wird, ist die Verwendung von Teno in den Werken Golpa-Schornewitz bisher noch nicht notwendig ge-wesen, weil die Kohlenförderung und Stromerzeugung in vollem Umfang von den ordentlichen Belegschaften dieser Werke bis heute noch aufrecht erhalten wird. Auch sonst herrscht im Gebiete des Geiseltales absolute Ruhe.

Einwirkung der Lohnpolitik auf die Preise.

Berlin, 20. Okt. Auf einer stark besuchten Tagung des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei, auf der auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius er-schienen war, hielt Abg. Dr. Roddenhauer eine Rede über die Einwirkung der Lohnpolitik auf die Preisbildung. Er legte dar, daß die Wirkungen einer Lohnsteigerung in verschiedenen Fällen außerordentlich verschieden seien. Am meisten gingen die Mei-nungen über die Frage auseinander, ob eine im Augenblick tech-nische nicht gerechtfertigte Lohnsteigerung ohne Preishöhung er-tragen werden könne. Die bei der Exportindustrie gegebene Ab-hängigkeit brauche an sich nicht gefährlich zu sein. Gefährlich werde sie erst dann, wenn auf die Dauer gesehen, keine Kapitalneubildung im Inlande erfolge, um der Verschuldung an das Ausland eine Gegenmacht entgegenzusetzen und sie wieder abzufügen. Wie sollten wir den Reparationsgegnern die Ueberzeugung beibringen, daß wir die Darlehenlasten nicht aufbringen könnten, wenn wir selbst das Dreifache ausgeben für öffentliche Zwecke als 1913? Es müsse daher ernst gemacht werden mit der Verwaltungsreform und der Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen Reich und Län-dern. In die Aussprache griff auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ein, wobei er sich ebenfalls für die Verwaltungsreform einsetzte.

Zum Besuch von Marx und Stresemann in Wien.

Wien, 21. Oktober. Der Berliner Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ hat anlässlich des bevorstehenden Besuches von Dr. Marx und Dr. Stresemann in Wien eine Aeußerung einer wohlinformierten Persönlichkeit erhalten. Darin heißt es, der Besuch sei lediglich eine Erwiderung des Besuches, den der österreichische Bundeskanzler Raamek seiner Zeit in Berlin gemacht habe und sei keinesfalls als eine Kundgebung für den Anschluß aufzufassen. Die deutsche Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Frage des Anschlusses gegenwärtig noch ruhen müsse, bis sich mancherlei Verhältnisse, u. a. auch die Verhältnisse auf dem Balkan geändert haben würden.

Feierlicher Empfang des Königs von Aegypten in Paris.

Paris, 21. Oktober. König Fuad von Aegypten wurde heute vormittag elf Uhr am Bahnhof Bois de Boulogne vom Staatspräsidenten Doumergue in Begleitung Poincarés und der Präsidenten des Senates und der Kammer empfangen. König Fuad begab sich nach dem Quai d'Orsay, wo er während seines Pariser Aufenthaltes Wohnung nimmt. Nach dem Frühstück wird König Fuad offiziell im Elisee empfangen werden und sich hierauf mit dem Staats-präsidenten zur feierlichen Begrüßung in das Rathaus begeben. Heute abend findet eine diplomatische Zusammen-kunft im Außenministerium statt, zu welcher Doumergue zu Ehren seines königlichen Gastes im Elisee ein Bankett geben wird. Um König Fuad, der schon vierzehn Tage in-fognito in Paris weilte, nach dem Buchstaben des Protokolls empfangen und ihm die vorgeschriebenen Ehren erweisen zu können, mußte der Herrscher die vergangene Nacht in einem Versailles Hotel zubringen, um dann mit dem Zug nach Paris zu fahren. Die Feierlichkeiten waren derart vor-berichtet, als wenn König Fuad direkt aus dem fernen Aegypten gekommen wäre.

Eine peinliche Interpellation in der franzö-sischen Kammer.

Paris, 20. Oktober. Der kommunistische Abgeordnete Charles Huber erklärte beim Wiederzusammentritt der Kammer dem Ministerpräsidenten über „die Diktatur, die im Elsaß herrsche“, zu interpellieren. Die Vereinsfreiheit existiere nicht mehr. Die Regierung habe die Zeitung Bu-lachs verboten, weil sie in fremder Sprache gedruckt sei. Sie wolle die ganze oppositionelle Presse verbieten. Die kom-munistischen und autonomistischen Zeitungsdruckereien wer-den Tag und Nacht von einer vollkommen organisierten faschistischen Polizei überwacht. Der Abgeordnete will den Präsidenten befragen, ob eine Sprache, die von 90 Prozent der Bevölkerung gesprochen wird, als eine fremde Sprache bezeichnet werden kann.

Das Attentat in Prag.

Belgrad, 21. Oktober. Nach Meldungen aus Prag soll der Mörder des albanischen Gesandten, Bebi, bei seinem letzten Verhör ausgesagt haben, daß ihn ein italienischer Professor aus Bologna zu der Tat überredet habe. Der Professor habe den Gesandten als einen Verräter Albanien's an Südslawien hingestellt und ihm eine gute Anstellung und große Beträge im Falle der Durchführung des Anschlages versprochen.

Der Prozeß gegen den Mörder des albanischen Gesand-ten in Prag wird voraussichtlich im Dezember stattfinden. Die Untersuchung führt der Untersuchungsrichter Dr. Ra-buffa vom Landesstrafgericht in Pantra.

Letzte Telegramme in Kürze.

Bei den Kassen der Stadt Düsseldorf und der Regierung in Düsseldorf wurden Unterschlagungen in Höhe von 120 000 bzw. 200 000 Mark aufgedeckt.

König Fuad von Aegypten wurde gestern in Paris ein feierlicher Empfang zuteil.

Die französischen Ostasiensflieger sind in Bangkok, der Hauptstadt von Siam eingetroffen.

Der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. v. Knilling ist gestern in München gestorben.

Im Reichsarbeitsministerium haben die Schlichtungsver-handlungen im mitteldeutschen Bergarbeiterstreik begonnen.

Im Reichstag wurde heute die erste Lesung des Reichs-schulgesetzentwurfes zu Ende geführt und die Vorlage so-dann dem Bildungsausschuß überwiesen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Zum Grab Heinrich von Kleists, des deutschen Dichters vor Hermannslacht, des Käthchen von Heilbronn, der Penelope, am Wannsee wanderten am 18. Oktober viele Tausende von Schulkindern aus Berlin, Potsdam und anderen Städten der Mark, um dem genialen, weltfremden Dichter an seinem 150. Geburtstag zu huldigen.

Puppentheater. Der große Erfolg, den das Puppen- und Kasperltheater des Direktors Ried in Berlin-Neutölln im letzten Winter hatte, haben den Magistrat veranlaßt, dieses Theater mit einer Vorstellung in der Woche zu einer Dauereinrichtung zu machen.

Zwangsversicherung gegen Tuberkulose in Italien. Der italienische Ministerrat beschloß, die Zwangsversicherung gegen Tuberkulose einzuführen. Etwa 20 Millionen Personen sollen versichert werden unter Bereitstellung von 18 000 Plätzen in Sanatorien und 2000 Plätzen in Erholungsheimen.

Die Strafen für politische Vergehen, mit Ausnahme von Mord, sollen in nationalem Interesse nicht mehr in den gerichtlichen Personalakten verzeichnet werden.

Englischer Manöverflug nach Australien. Am 17. Oktober sind vom Londoner Flugplatz Croydon vier Militärflugzeuge zu einem Flug nach Australien aufgestiegen. Die Flugzeuge sind mit je 2 Rapier 5 A-Motoren ausgerüstet und führen zusammen 14 Mann.

Die Kinderkirche von Bournemouth. In den nächsten Tagen wird in dem englischen Städtchen Bournemouth eine Kirche eingeweiht, die einzig in ihrer Art dastehen dürfte, da sie nur für Kinder bestimmt ist.

Der türkische Sonntag. Die türkische Regierung hat kürzlich den Sonntag als den allein geltenden Ruhetag der Woche durch Verordnung eingeführt.

Die Christen den Sonntag. Dadurch war das türkische Geschäftsleben schweren Störungen ausgesetzt. Jetzt gibt es für alle nur den gleichen Ruhetag, den Sonntag. Und die Mohammedaner sind ganz zufrieden damit.

Verhafteter Einbrecher. Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin wurde ein 24jähriger Einbrecher aus der Tschedowafel namens Gerstenberger verhaftet, der in Quedlinburg 9 und in Nordhausen 15 schwere Einbrüche verübt und außerdem mit Erfolg in München, Stuttgart, Frankfurt, Kassel und Halberstadt „gearbeitet“ hatte.

Die Verschwendung der deutschen Handelsflotte? Schwedische Blätter berichten nach den Angaben des deutschen Konsuls in Helsingborg (Schweden), Joar Pehrson-Henning: Im März 1917 habe ein hervorragender Vertreter des Norddeutschen Lloyd in Bremen durch den Konsul Schweden sämtliche in Amerika liegenden Schiffe des Lloyd im Gesamtwert von 1000 Millionen Goldmark als Geschenk angeboten, damit die Schiffe nicht in die Hände Amerikas fallen.

Die Direktoren des Norddeutschen Lloyd erklärt, daß ihr von dem Plan, die Handelsflotte 1917 zu verkaufen, nichts bekannt sei. Auch die deutsche Gesandtschaft in Stockholm und die schwedische Regierung sagen, daß sie von solchen Absichten erst jetzt durch die Blätter erfahren haben.

Die 8000 Wohnungen in Berlin abgelehnt. Die Stadtverordnetenversammlung in Berlin hat das amerikanische Geschäft betr. die Erbauung von 8000 Wohnungen als zu ungünstig für die Stadt und die Mieter nach erregter Aussprache mit 99 gegen 87 Stimmen abgelehnt.

Radio-Programm

für Samstag, den 22. Oktober 1927.

- Berlin, (483). 20.10 Uhr: „Wiener Blut“, Operette, Musik von Joh. Strauß. 22.30 Uhr: Funk-Tanzstunde. Anst. Tanzm. Breslau (322) 20.45 Uhr: Heitere Stunde. 22.15 Uhr: Tanzm. Frankfurt (428). 15.30 Uhr: Jugendstunde. 16.30 Uhr: Franz Liszt. 17.45 Uhr: Die Lesestunde. 18.45 Uhr: Der Briefkasten. 19.15 Uhr: Vorträge. 20.15 Uhr: Bunter Abend. Anst. Konz. der Rundfunk-Jazzband.

- Davenport (1600). London (361). 14.00 Uhr: Tanzmusik. 16.30 Uhr: Uebertragung von Rugby-Fußball-Match, Neufußwales-London. 17.15 Uhr: Orchesterkonzert. 18.15 Uhr: Kinderstunde. 19.00 Uhr: Harold Mohr-Ditt. 19.45 Uhr: Filmenkonzert. 20.15 Uhr: Handys-Klaviersalon. 20.45 Uhr: Salaladenk. 21.00 Uhr: Orgelk. 22.35 Uhr: „Stimmen“, eine neue musikalische Unterhaltung. 23.35 Uhr: Tanzmusik. Paris (1750). 13.30 Uhr: Konz. 17.45 Uhr: Tanzmusik. 22.00 Uhr: Bunter Abend.

E. Schick, Uhrmachermeister, Sinshheim a. E. Dr. Selbst-Vertreter - Lager in Telefonen-Röhren, Akkumulatoren-Batterien - Sämtlichen Ersatzteilen, Volta-Akkumulatoren-Reduktion - Telefon 319.

Marktberichte.

Mannheimer Kleinviehmarkt. Dem Kleinviehmarkt am Donnerstag waren zugeführt: 92 Rälber, 80 Schafe, 215 Schweine, 539 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden pro 50 Kilo Lebendgewicht in Reichsmark: Rälber 76-80 72-76 62-68; Schafe 42-48; Schweine 71-72, 71-72, 70 bis 71, 69-70, 67-69, -; Läufer und Ferkel 7 bis 24. Reichsmark pro Stück. Marktverlauf: mit Rälbern ruhig langsam geräumt; mit Schweinen ruhig, Ueberstand mit Ferkeln und Läufern ruhig.

Table with 2 columns: Commodity and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, and various oils with their respective prices in Reichsmark.

Neueste amtliche Kurse

Table of exchange rates and prices for various goods. Columns include 'Anleihen', 'Bausparkasse', 'Bergwerks-Aktien', 'Kautschuk', 'Metalle', 'Waren', 'Devisen', and 'Waren'. Lists various types of bonds, stocks, and commodities with their current market prices.

Wetterbericht.

Die Entwicklung neuer Störungen läßt weiter unbekanntes Wetter erwarten. Sonntag: kühl, wechselnd bewölkt, etwas Niederschläge.

Advertisement for 'Dann Sie vom Ungeheueren...' featuring an illustration of a woman and text describing a health product.

Advertisement for 'Dabol-Dyangoon' soap, mentioning 'Königliches Wasser' and 'Wuschungen'.

Advertisement for 'Fohlenweide Sinshheim' horse feed, including contact information and product details.

Advertisement for 'Eisu-Betten' (ice beds) and 'Druckarbeiten' (printing services) by G. Becker'sche Buchdruckerei.

Large advertisement for 'Erdal' hand cream, featuring an illustration of hands and the text 'Reine Hände' and 'Marke Rotfrosch'.

Advertisement for 'E. Speiser' featuring an illustration of a woman and text about 'Kleiner Konfession'.